

KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative | Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Nr. 5
Oktober 2016



Foto: Ines Agostinelli ©

Inhalt

Er, sie, es, ... ist geflüchtet. Sie sind da, was nun? | Zeit, sich die Zeit zu nehmen | Kooperation und Augenmaß in der Bildungspolitik? | Ruhestand: Mitgefühl und Arbeitsbedingungen | Schule – das schaffen wir, ganz ohne Bildungsministerin | Prüfungsgebührenungerechtigkeit | Dämonen des Kapitals – Buchbesprechung | APS-Gewerkschaftstag | Verschwörungstheorie | Inkriminierte Poesie | Recht praktisch Ihr fragt – wir antworten | Kunstseite | Elternteilzeit und Stundenplanwünsche



www.oeliug.at



Gerhard Pušnik

Der Wandel der Informations- und Kommunikationsweise durch neue Medien ist auch an der ÖLI nicht spurlos vorbeigegangen. Schon seit längerem verfügt die progressive LehrerInneninitiative (neben den länderspezifischen Publikationen) vor allem über eine professionell gestaltete und hervorragend und aktuell von Manfred Sparr gespeiste www.oeliug.at -Webseite. Der Erfahrungsschatz von PersonalvertreterInnen, Initiativen und GewerkschafterInnen der letzten Jahre findet sich in einer übersichtlichen Menüabfolge. Zentral ist das für PVer unverzichtbare und fortlaufend aktualisierte Dienstrechtsskriptum, das dort als Download allgemein zugänglich ist. Vor einem Jahr haben wir begonnen, dem Kreidekreis ein neues Layout und eine lo-

ckerere Aufmachung zu verpassen und auch die (Schul)-Themen-Palette zu erweitern. Auf die haptisch-fundierte Kommunikation mit bedrucktem Papier und sich Zeit nehmende LeserInnen wollen wir weiterhin bauen. Ein Wunsch sei uns erlaubt: Veränderungen und Verbesserungen hängen auch von Rückmeldungen ab, wir sind also daran interessiert und ersuchen unsere LeserInnen um Feedback, Anregungen und Kritik, aber auch um unverlangt eingesandte Berichte aus allen Schulbereichen.

Personalrechtlicher Support, Bildung und Migration, Gewerkschaftstage, Kommentare und Meinungen prägen auch diesmal den Kreidekreis. Ansprechen wollen wir mit unserem 5 x jähr-

lich erscheinenden Kreidekreis ausnahmslos alle an Schul- und Gesellschaftspolitik Interessierten. Ansprechbar ist das Redaktionsteam über die Mailadresse: a@oeliug.at, und das Tag und Nacht.

Information und Erfahrungsaustausch sind notwendig und helfen gegen Apathie, Resignation und Ausgeliefertsein. Vergessen wir jedoch nicht, gemeinsam gegen Unzumutbarkeiten, Überheblichkeit und Budgetzwänge aufzutreten und für eine bessere und fundierte Allgemeinbildung und für mehr Bildungsgerechtigkeit einzutreten, aber auch für jene, die Gefahr laufen, durch fehlende Bildung von jeder gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Darum bemühen wir uns. Mit jeder Nummer.

Er, sie, es, ... ist geflüchtet. Sie sind da, was nun?

Aly El Ghoubashy

Den Krieg können wir nicht stoppen, aber Frieden können wir hier sicher stiften. Seit geraumer Zeit sind wir überrumpelt von der Schar von Flüchtlingen, die zu uns gekommen sind. Sie sind Menschen wie du und ich, sie sind verschieden, so wie wir. Was die Flüchtlinge nicht kennen, wir schon hinter uns haben, sind: Meinungsfreiheit, freie Wahlen, Gewerkschaften (nicht nur auf dem Papier), Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, soziale Unterstützung, Mindestsicherung, Menschenrechte. Die Vorstellungen und Hoffnungen eines Menschen, der so aufwächst, sind völlig anders. Nicht alle sind Opfer, es gibt auch Täter unter ihnen, die Opfer geworden sind oder Opfer, die zu Tätern wurden. Und es gibt jene, die einfach das Meer überqueren wollen, um ein anderes Leben neu zu beginnen.

Unter ihnen befinden sich Menschen, die keinen Krieg erlebt haben und nicht traumatisiert sind. Deshalb sollte man mit dem Begriff „Flüchtling“ vorsichtig umgehen. Eines ist jedoch sicher: Keiner dieser Menschen geht in absehbarer Zeit zurück, sie bleiben da. Sie verändern das Bild der Straße, der Verkehrsmittel, des Dorfes, der Stadt, der Parteien und auch der Schulen. Nicht jeder, der das Mittelmeer mit einem Schlauchboot oder einem Flugzeug überquert hat, hat klare Vorstellungen, was auf ihn/sie zukommt. Es gibt nur vage Annahmen, falsche Bilder über Europa, Illusionen, genährt durch Erzählungen von alteingesessenen Flüchtlingen, von Filmen und den Medien. Hier beginnt bereits die Arbeit der Aufklärung. Das Dasein wird anders betrachtet. Die Institutionen, die diese Arbeit leisten sind auf Dolmetscher

angewiesen, jedoch sind die meisten sogenannten Dolmetscher der jeweiligen Sprache nicht immer wirklich mächtig und nähren, weil sie selbst in falschen Bildern leben, die zum Großteil unrealistischen Vorstellungen der Flüchtlinge. Viele dieser Dolmetscher sind nicht geprüft, interpretieren ihre Meinungen mit dem, was gesprochen wird und was vereinbart wird und manche pflegen private Kontakte zu Flüchtlingen, um zu ihrem „Geld“ zu kommen. Deshalb ergeben sich oft Missverständnisse und Enttäuschung seitens mancher Flüchtlinge.

Die Flüchtlinge wiederum leben in ihrer virtuellen Welt. Sie sind hier, ihre Gedanken jedoch sind woanders: wer hat es geschafft, anzukommen, wer hat noch nicht das Meer überquert, welchen Schlepper organisiert man, wie viel

verlangt dieser, welche Route ist besser usw. Es ist verständlich, dass sie sich um ihre Familienmitglieder, die noch dort sind, kümmern wollen, aber wer und wie kann man ihnen vermitteln, dass ihr Dasein jetzt und hier wichtiger ist, als sich ständig stundenlang (bis zu 10 Stunden am Tag) mit dem Handy oder sozialen Netzwerken zu beschäftigen? Ihre Daseinskultur wird zur Nebensache und sie beginnen in einer fiktiven, virtuellen Welt zu leben.

Welche Probleme hat ein Flüchtling? Wo fangen wir an in Sachen Bildung? Je nach Volksgruppen, nach politischer Gesinnung, nach Religion, nach Interessen, nach Familienverbindungen bilden sie Gruppen, die ihnen eine neue Identität in der Fremde verleiht. Die Ziele der Einzelpersonen werden im Laufe der Zeit verschoben, innerhalb der eigenen Gruppe vertreten sie ihre realen Ziele, gegenüber den Behörden andere. In dieser Zerrissenheit lebt ein „normaler“ Flüchtling.

Man erwartet von ihm, dass er sich so schnell wie möglich integriert, Deutsch lernt und sich in den Arbeitsprozess eingliedert. Die Behörden und caritativen Einrichtungen bemühen sich um Wohnungen, Familienzusammenführung, Mindestsicherung, Schulen für die Kinder und Deutschkurse für Erwachsene und Jugendliche. Die Sinnhaftigkeit, Deutsch zu lernen, ist solchen Flüchtlingen immer noch nicht klar. Es mag sein, dass man dem einen oder anderen z.B. erklärt hat, wie man mit der Mülltrennung umgeht, wie die Heizung funktioniert, Strom, Wasser, Verkehrsmittel etc., doch auf die Notwendigkeit, die deutsche Sprache zu lernen, wird nicht eingegangen. Ich möchte hier betonen, dass die Bemühungen aller Ehrenamtlichen bzw. Deutschkurse zwar nicht schlecht sind, jedoch kann man ohne Professionalität nicht viel weiterkommen. Wie vielen Flüchtlingen ist es gelungen, das Sprachniveau B2 zu erreichen? Wie kann man einen Flüchtling in den Arbeitsprozess eingliedern,



Syrische und afghanische SchülerInnen am Gymnasium Schillerstraße in Feldkirch. Schuljahr 2015/16. Mit Aly El Ghouabashy und Gerhard Pušnik.

wenn er/sie kaum Deutsch spricht? Welche Zukunftsperspektiven hat so ein Mensch? Keine! Keine Bildung, keine Zukunft. In so einem Zustand passiert es sehr schnell, dass die Lage kippt und der eine oder andere in eine falsche Bahn gerät (Dealer, Schlepper etc.).

Die Ghettobildung wird hier sowohl physisch als auch psychisch verstärkt. Es ist mir bewusst, dass man durch Zwang die Einstellung der Flüchtlinge nicht verändern kann, jedoch ist es nötig, mit ihnen im Dialog zu stehen. In diesem Sommer war ich in Marokko und in Ägypten. Dort habe ich mich mit syrischen, marokkanischen und ägyptischen Jugendlichen über das Thema Flucht nach Europa unterhalten und bin unter anderem zum Ergebnis gekommen, dass man vor Ort Hilfe anbieten sollte, damit diese Menschen nicht erst flüchten müssen. Ich fragte viele, ob sie in der Lage wären, eine Fremdsprache zu lernen, doch meinten sie, dass sie nicht wegen einer Sprache das Meer überqueren würden, sondern wegen Arbeit, Geld und Sicherheit. Auch hier in Österreich sprach ich mit vielen Flüchtlingen und die meisten sind nicht in der Lage, sich mit einer fremden Sprache auseinanderzusetzen, bevor sie sich nicht in

Sicherheit fühlen. Sie sprechen nicht von Sicherheit der Wohnung, Essen etc. sondern von Eingliederung in den Schulen, die sich um einen Grundstein ihrer Zukunftsperspektiven und eine solide Basis ihres Daseins kümmern sollten. Die Erfahrung, die wir in unserer Schule, dem Gymnasium Schillerstraße in Feldkirch, im Schuljahr 15/16 gemacht haben, hat mir gezeigt, dass in Sachen Flüchtlinge mehr als man denkt möglich ist und wäre. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an den Direktor, an meine Kollegen und Kolleginnen und die SchülerInnen aussprechen, die an unserem Projekt mitgewirkt haben. Jede Schule sollte ihre Türen öffnen und einen Beitrag leisten. Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir haben eine große Aufgabe. Es gibt für diese Arbeit keine Erfolgsrezepte, es gibt keine Grenze, wir können nur Erfahrungen sammeln, analysieren, revidieren und weitermachen.....Was uns noch fehlt, ist der politische Wille auf höherer Ebene.

Aly El Ghouabashy unterrichtet in Feldkirch, ist häufig als Dolmetscher im Einsatz und engagiert sich in der Flüchtlingsklasse, die im vergangenen Schuljahr freiwillig und ehrenamtlich am GYS Feldkirch geführt wurde.

Zeit, sich die Zeit zu nehmen, um über Zeit nachzudenken!

Monika Wölflingseder

Ein Erfahrungsbericht zur Pädagogischen Werktagung in Salzburg von 11. – 15. 7. 2016.

Zeit: Ein nicht wirklich spezifisch pädagogisches Thema. Zeit: Ein abstrakter Begriff, von dem jede und jeder Einzelne sehr konkret betroffen ist - sei es in privatem oder beruflichem Zusammenhang. Zeit: ein existentielles, ein „zeitloses“ Thema.

An dem immer vollbesetzten Hörsaal der großen Aula der Universität war
jedenfalls zu sehen, dass viele Pädagoginnen und Pädagogen nach dem abgeschlossenen Schuljahr motiviert waren, sich die Zeit für Vorträge zu nehmen, um über den schulischen Tellerrand hinauszublicken bzw. von einer anderen Perspektive auf das Thema Bildung und Erziehung zu schauen.



Zum Beispiel aus der Perspektive der Astronomin Lisa Kaltenegger. Durch ihren lebendigen Vortrag zog sich als roter Faden das Überschreiten von Grenzen: Die Grenzen unseres Planeten, unseres Sonnensystems, unserer Milchstraße überschreiten, die Grenzen der Zeit, der Raumzeit überschreiten: So legte sie z.B. in anschaulicher Weise dar, wie wir durch die Erforschung von Sternen nicht nur in die Vergangenheit blicken können, sondern auch auf die zukünftige Entwicklung unseres Sonnensystems. (Allerdings leider nicht auf die Zukunft unseres Bildungssystems!) Was mir an Lisa Kalteneggers Ausführungen als besonders pädagogisch relevant in Erinnerung geblieben ist, ist das Überschreiten von geistigen Grenzen: AstronomInnen (und wohl auch alle anderen WissenschaftlerInnen) müssen ständig die Grenzen dessen über-

schreiten, was wir uns als Menschen überhaupt vorstellen können. Oder können Sie sich das Alter der Erde von 4,6 Milliarden Jahren vorstellen, oder die Breite unserer Galaxie von 100 000 Lichtjahren? Lisa Kaltenegger vermittelte überzeugend, wie viel Spaß es ihr macht, die Grenzen des Vorstellbaren zu überschreiten: z. B. davon auszugehen, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit weitere erdähnliche Planeten im Universum gibt (in den Milliarden Galaxien mit ihren jeweils Milliarden Sternen) - mit Lebensformen, die wir uns (noch) nicht vorstellen können.

Daran sollten sich alle PädagogInnen und vor allem die Menschen, die bei uns Bildungspolitik machen, ein Vorbild nehmen: an der Offenheit, sich vorstellen zu wollen, dass es etwas gibt und dass etwas funktionieren kann, was wir uns jetzt noch nicht vorstellen können – was es aber zu entdecken und zu erproben gilt! Wie in der Wissenschaft sollten auch wir, die wir in der Bildungslandschaft tätig sind, immer mit etwas rechnen, das wir bisher nicht für möglich gehalten haben – sowohl bei den Schülerinnen und Schülern, mit denen wir arbeiten, als auch was die Reform des Schulsystems betrifft!

Neben den Vorträgen an den Vormittagen gab es bei der Pädagogischen Werktagung die Möglichkeit, sich an drei Nachmittagen in einem Arbeitskreis in ein Thema zu vertiefen.

Mein „Arbeitskreis“ war weniger als „Workshop“, sondern vielmehr als Vorlesung konzipiert – aber nichtsdestotrotz sehr kurzweilig: Clemens Sedmak (der als Referent für den inzwischen verstorbenen Günther Funke eingesprungen war) führte in 3 x 3 Stunden durch philosophische, psychologische, geschichtliche und gesellschaftspolitische Aspekte der Zeit. Es ging um einen „guten Umgang mit Zeit“, um eine „Pädagogik der Zeitfreiheit“, um „Zeit

und Sinn“ und um das „Weniger ist Mehr“. Ich habe mir viele Anregungen daraus mitgenommen und auch so manche Bestätigung von persönlichen „Erkenntnissen“, die ich im Laufe meiner bisherigen Lebenszeit gewonnen habe...

Als Lehrerin habe ich mir aus dieser Vorlesung vor allem die Erfahrung und Bestätigung mitgenommen, wie spannend „Frontalunterricht“ sein kann – und dass dabei eine klare Struktur mit bewusst eingebauten, häufigen Wiederholungen kein Widerspruch zu einem lebendigen, unterhaltsamen Vortrag ist, sondern eine Voraussetzung dafür. Clemens Sedmak hat das auf außergewöhnlich gute Weise umgesetzt – ein Redner, der als Vorbild taugt!

Auf die anderen Vorträge, die ich besuchte, einzugehen, würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, wer sich aber dafür interessiert, kann Audioaufnahmen der Vorträge oder deren Niederschrift im Tagungsband der 65. Salzburg Werktagung erwerben - siehe www.bildungskirche.at/Medienshop.



Mitgefühl und Arbeitsbedingungen

Wilfried Mayr

Mitgefühl

Ich werde mich ab 1. Dezember 2016 im sogenannten Ruhestand befinden und bin keineswegs traurig darüber. Mit sehr wenigen Ausnahmen galt für die Geburtsjahrgänge 1953 und älter seit der Schüssel'schen Pensionsreform („Hacklerregelung“, Pension mit 60 ohne Abschläge bei mind. 40 Dienstjahren) die Losung „Rette sich (in die Pension) wer kann!“. Nicht nur für jene, die weniger Freude am Lehrberuf hatten, auch ausgesprochen engagierte PädagogInnen waren sowohl durch die Einschränkung der Lehr- und Methodenfreiheit (die es nur mehr auf dem Papier gibt), gewisse Änderungen in der Schulstruktur als auch eine immer niedriger werdende Pensionshöhe, je länger man im Schuldienst verbleibt (Durchrechnung) frustriert genug, um das berufliche Handtuch zu werfen.

Seitens der „Geretteten“ habe ich allerdings nie eine Äußerung der Solidarität und des Mitgefühls mit jüngeren KollegInnen vernehmen können, und daher möchte ich das jetzt nachholen.

Besonders ab dem Jahrgang 1955 fallen, gerechnet auf das Lebensinkommen, schwere Einbußen an. Jahrzehntlang hat man diese KollegInnen ob der niedrigen Anfangsgehälter auf die schöne Pension vertröstet („mindestens 80% des Letzteinkommens, Pensionierung mit 60. Lebensjahr“). Jetzt müssen sie um fünf Jahre länger arbeiten, gehen sie mit 62 per Korridor, dann haben sie pro Jahr früheren Antritts 4% Abschläge, und je länger sie bleiben, desto mehr verlieren sie durch die längere Durchrechnung. Weiters werden ab 2004 die Dienstjahre nicht mehr als Beamtenjahre gerechnet, sondern nach dem niedrigeren PVA-Tarif. Wer unter den verschlechterten Bedingungen in den Schuldienst eintrat, wusste, was er sie zu erwarten hat. Das war aber bei den Jahrgängen 1955 bis etwa 1984 nicht der Fall! **An Stelle der dafür Ver-**

antwortlichen möchte ich mich bei den geschädigten Kolleginnen und Kollegen entschuldigen und ihnen mein aufrichtiges Mitgefühl aussprechen! Es ist mir schleierhaft, warum es eine Leistung sein soll, anderen etwas wegzunehmen. Gerade ÖVP-Kanzler Schüssel legte bei seinen eigenen Pensionen größten Wert auf die alten Regelungen. Er wäre glaubwürdiger, wenn er die Differenz zwischen seinen hohen Pensionen und jenen, die er nach seinen eigenen Änderungen bekommen hätte, an soziale Institutionen spenden würde.

Arbeitsbedingungen

ändern sich zunehmend: Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es wegen der Automation in unserer Gesellschaft nie wieder Vollbeschäftigung geben, auch wenn die Zahl der Arbeitsplätze ansteigen sollte. Durch die hohen Lohnnebenkosten überlegen sich alle UnternehmerInnen jede einzelne Stunde, die sie an Beschäftigung anbieten. Statt „Berufen“ gibt es zunehmend „Jobs“, auch viele sehr gut ausgebildete Junge müssen von prekären Gelegenheits-einkünften leben. Eine realistische Lebensplanung gibt es für sie nicht mehr. Gutes Einkommen verschweigt meist, dass es sich um „All-Inclusive-Jobs“ handelt, weit über 40 Stunden wöchentlich und mit einem umfangreichen Aufgabenkatalog ohne adäquate Abgeltung. Niemand traut sich ob der Beweise zu leugnen, dass sich Wohlstand und Reichtum immer weiter nach oben verschieben. Die einkommensstärksten Instanzen und Firmen zahlen immer weniger Steuern, der immer kleiner werdende „Mittelstand“ wird dafür immer mehr ausgepresst. Wie verfilzt und korrupt das System schon geworden ist, beweist der Umstand, dass Irland die

von der EU-Spitze verfügte Steuernachzahlung von 15 Milliarden Euro eines steuergeschonten Großunternehmens nicht annehmen will, obwohl Irland das Geld dringend benötigt.

Die Wenigsten sind mit einem goldenen Löffel im Mund geboren worden. Wer heutzutage kein Arbeitseinkommen hat und ehrlich ist, spürt zu Recht großen Frust. Wer sich über ein Arbeitseinkommen freuen kann, wird belastungsmäßig zunehmend ausgepresst wie eine Zitrone. Frust also fast allerorten. Besonders hart trifft es den Bereich der Sozialberufe, in dem wegen gekürzter Mittel immer weniger Personen immer mehr an Arbeit leisten müssen. War z.B. früher in einem Altersheim der Kreis zu Betreuender gut durchmischt, finden sich heute dort nur mehr schwere Fälle, luxuriöse Seniorenresidenzen ausgenommen. Gleichzeitig gibt es viel Arbeit, die dringend benötigt, aber nicht oder kaum bezahlt wird: Erziehungs- und private Pflegeleistungen. Ich sehe bis zum Horizont keine Verbesserung dieser Schiefelage. Als BK Kern bei seinem Amtsantritt von „new deal“ sprach, hoffte ich kurz. Jetzt auch nicht mehr.



Den neuen Kreidekreis abonnieren?

7 Euro Jahres-Abo auf
PSK AT52 6000 0000 7842 0320
einzahlen.

Schule – das schaffen wir, ganz ohne Bildungsministerin

Familienministerin Karmsin und Bildungspsychologin Christiane Spiel sind als medienwirksame Werbeträgerin für LIBRO und die gute Sache von Selbstvertrauen und Schulerfolg unterwegs.

Schule macht Angst, die Familienministerin und ihre wissenschaftliche Beraterin halten dagegen, LIBRO bewirbt „als Marktführer und Komplettanbieter im Bereich Schule“ seinen umfassenden Service für Eltern und Kinder erweiterte Produktpalette.

Bei der Pressekonferenz im Pressefoyer des BMFJ am 2. August 2016 geht es der Familienministerin ums Stärken des Selbstvertrauens der SchülerInnen und Schüler, Christiane Spiel ums Bestätigen der Wissenschaftlichkeit der 6 Lerntipps, die eine Gruppe 8- bis 12-Jähriger mit Hilfe der Universitätsprofessurin in eine kindgerechte Sprache gebracht haben, und dem LIBRO-Geschäftsführer Waldhäusel ums weitere Festigen der Marktführerschaft für Schule, Schenken und Multimedia.



LIBROs führende Rolle bringt auch inhaltliche Verantwortung mit sich, die Lena-Lerntipps gibt es deshalb heuer in ihrer 4. Ausgabe, Ausgabe 1 ist auch in Türkisch erschienen und noch erhältlich. Sie wird vom BMFJ ab Herbst über seine Elternbildungsseite verbreitet (über eine Million Zugriffe), der Folder wird in den 400 Familien-

beratungsstellen des BMFJ aufliegen und entpuppt sich beim Durchblättern als LIBRO-Werbeträger für „Lenas liebe Welt. Lernen mit Spiel und Spaß durchs Kaufen von Lernhilfen für Kindergarten und Vorschule (4 Hefte zu jeweils 9,95€) und für die Volksschule (4 Hefte zu jeweils 9,95€), dazu Mal-Lernbücher und noch viel mehr über den LIBRO-Onlineshop, besonders SMART ist die Lena-App für i-Phone und Android-Geräte.

Neben diesen Kauf-Angeboten enthält „Lena-wir schaffen es“ noch einen 5€-Gutschein ab einem Einkauf von 20€ und folgende Tipps:

1. Einfach loslegen! Dann wird es leichter.
2. Eltern, stärkt mir den Rücken! Die Schulangst gehört in den Mistkübel.
3. Kein Grund zum Grübeln! Du schaffst das.
4. Nur Briefe gibt man auf! Die nächste Chance kommt bestimmt.
5. Ich darf stolz auf mich sein! Trau dir einfach mehr zu.
6. Macht mir Mut! Du schaffst das.

Gemeinsames Vorgehen und gemeinsame Auftritte der Ministerien für Bildung (SPÖ) und Familie (ÖVP), das war einmal. Auf Anfrage betont Sophie Karmsin, das Bildungsministerium, das seit 2008 gegen Fehlerzählen, Schulangst, soziale Selektion und Ausgrenzung Aktivitäten setzt, sei selbstverständlich in die „Schule das schaffen wir“-Aktion eingebunden und laufend informiert worden. Der LIBRO-Geschäftsführer erklärt im Anschluss an die Pressekonferenz, dass es ihm schwer genug war, die Kooperation mit BMFJ und Universität herzustellen, aber natürlich ist das Bildungsministerium herzlich zum Mitmachen eingeladen.

Reinhart Sellner

Prüfungsgebühren-ungerechtigkeit

Im Zuge der Einführung der Zentralmatura im vor- bzw. letzten Schuljahr (AHS/BHS) ergibt sich für die prüfenden KollegInnen der „standardisierten“ Fächer eine markante Verschlechterung der Abgeltung der spezifischen Tätigkeit (€ 11,90/Arbeit statt € 21.50). Das ist nahezu eine Halbierung! (Dass es Monate braucht, bis die entsprechenden Gebühren auf dem Konto landen, passt auch ins Bild, ironisch gesehen!)

Argumentiert wird seitens des Dienstgebers damit, dass ja die Themenstellung zentral erfolge.

Dazu ist festzustellen, dass diese ja nur einmal für eine Klasse (oder sogar für mehrere) geleistet werden muss, die Korrekturtätigkeit allerdings vielfach (abhängig von der Schülerzahl) zu absolvieren ist. Im Übrigen beziehen sich alle betreffenden Abgeltungen auf die „Prüfungsarbeit“ und nicht in erster Linie auf die Erstellung von Themen!

Überdies findet sich der spezifische Unterschied bei den mündlichen Prüfungen (inklusive Kompensationsprüfung) nicht. Letztere basiert ja auch auf einer „zentralen“ Themenstellung. Hier gibt es eine einheitliche Abgeltung von € 11,90.

Der Korrekturaufwand der KollegInnen der „standardisierten“ Fächer hat sich gegenüber der Altregelung keineswegs reduziert, sondern um mindestens 30 Prozent erhöht, da mit der Zentralmatura auch eine „aufgepöppelte Transparenzkultur“ verknüpft ist. So ist beispielsweise für Deutsch je „Performanz“ (= Arbeit) ein zweiseitiger Beurteilungsbogen mit über 100 „Kreuzelmöglichkeiten“ auszufüllen.

Es ist somit nicht einmal ansatzweise logisch argumentierbar, warum die

Prüfungstätigkeit der KollegInnen der „standardisierten“ Fächer schlechter bewertet wird als jene der „nichtstandardisierten“ Gegenstände im Rahmen der „schriftlichen“ Matura.

Zu fordern ist eine sofortige Rücknahme dieser Verschlechterung und eine Gleichstellung für alle KollegInnen, die die spezifische Korrekturtätigkeit zu leisten haben!

Die Prüfungsgebühren mögen rückwirkend für ALLE mit € 21,50 festgesetzt werden!

Sollte diese Diskrepanz bei Maturafächern aufrechterhalten werden, wäre auch eine von vielen Personen und Einrichtungen bereits geforderte „Objektivierung“ der Korrektur der „standardisierten“ Maturaarbeiten anzudenken. Eine Trennung zwischen Leh-

renden und Prüfenden gibt es ja z. B. schon bei der Berufsreifeprüfung. Ich als Pädagoge für das „standardisierte“ Fach Deutsch würde, in Anbetracht dieser „abgehalferten“ Abgeltung, auf diese „Eselsarbeit für Zeisigfutter“ sofort gerne verzichten!

*Mag. Manfred Ortner, CHS Villach,
Mitglied des FA-BMHS Kärnten*

Buchbesprechung

Andreas Berghold

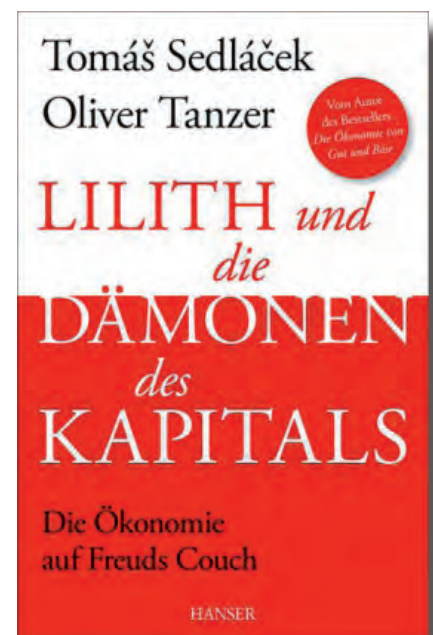
„Lilith und die Dämonen des Kapitals“ – ein ungewöhnlicher Titel für ein ungewöhnliches Buch. Dazu passt dann auch der Untertitel: „Die Ökonomie auf Freuds Couch“.

Wie kann man die Ökonomie, also das Wirtschaftssystem, psychoanalytisch beschreiben? Die beiden Autoren, der Wirtschaftswissenschaftler Tomáš Sedláček und der Journalist Oliver Tanzer meinen, ausreichend psychische Krankheitssymptome im Kapitalismus zu erkennen, um ein solches Unterfangen zu rechtfertigen. Manche LeserInnen mögen ein gewisses Unbehagen bei dem Gedanken empfinden, dass Systeme nach denselben Kriterien zu beurteilen seien wie Menschen. Doch auch der systemtheoretische Soziologe Niklas Luhmann spricht nicht nur von sozialen, sondern auch von psychischen Systemen und legt ähnliche Maßstäbe für deren Beschreibung an.

Ich muss gestehen, auch wenn die psychoanalytische Betrachtung der eigentliche Zweck des Buches ist und auch wenn die Autoren explizit feststellen „Dies ist kein Märchenbuch“,

für mich sind vor allem die Analogien, ob zur Antike oder zum Mittelalter, zu Religionen oder Comics, zu Märchen oder Mythen, faszinierend und gewagt.

Wenn schon kein Märchenbuch, so doch eine Erzählung. Eine Erzählung über Ökonomie, gesehen durch unterschiedliche Brillen der Zeiten, Religionen und gesellschaftlicher Strömungen. Zugegeben: manche dieser Analogien sind plausibler, wie etwa der Vergleich des Wirtschaftssystems mit Lilith, der ersten Frau Adams, die für ihr Streben nach Freiheit mit dem Fluch der Vernichtung ihrer eigenen Kinder belegt wird, andere leuchten auch nach wiederholter Lektüre nicht wirklich ein, wie etwa die „Verbindung zwischen Geld und analer Entwicklungsphase in der Kindheit“. Wer sich auf das Abenteuer einer Erzählung über Ökonomie einlässt und sich kein streng wissenschaftlich fundiertes oder ausgearbeitetes Werk erwartet, wird mit diesem Buch nicht nur bestens unterhalten, sondern auch zu eigenen Gedankensprüngen inspiriert werden – nachhaltige Veränderung des eigenen Weltbildes nicht ausgeschlossen!



Lilith und die Dämonen des Kapitals - Die Ökonomie auf Freuds Couch ist im Hanser Verlag erschienen. Gebundene Ausgabe 26.- €

Kooperation und Augenmaß in der Bildungspolitik?

Reinhart Sellner

„Schwachsinn“, „Blödsinn“ oder doch ein brauchbarer Hinweis auf und für Bewegung?

Für eine neue Kultur in der Bildungspolitik und Bildungsreform, für Kooperation und Augenmaß argumentierte Lorenz Lassnig in einer IHS-Publikation. Die Gewerkschaftsvorsitzenden von APS und AHS aus der „schwarzen“ GÖD reagierten postwendend im Standard. Kimberger wollte diesen „Blödsinn“ gar nicht kommentieren, und Quin „muss nicht zu jedem Schwachsinn etwas sagen“. Inhalt und Anliegen des Textes haben beide nicht einmal ignoriert. Machtbewussten ÖVP-Landeshauptmännern und den Bewahrern der sozialen Auslese der Neun- bis Zehnjährigen kann diese Ignoranz nur recht sein. Alles bleibt besser, so wie es ist. Die Kirche im Dorf, die Raiffeisenbank am Hauptplatz, und die Vorsitzenden der LehrerInnengewerkschaften wirken als verläSSLicher Vorposten der ÖVP auf Bundes- und Landesebene.

„Blödsinn“ 1 „... eine nachhaltige Verbesserung (ist) nur möglich, wenn sich alle Beteiligten auf eine neue Kultur der Zusammenarbeit verständigen. Wie die Verhandlungsergebnisse von November 2015 zeigen, ist kurzfristig eine große Reform unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich (...) die vorhandene Kultur von Schuldzuweisungen und übertriebenen Forderungen und ‚Reformhysterien‘ müssen in ein realistisches kooperatives Klima umgeformt werden.“

„Blödsinn“ 2 „Als Basis für einen konstruktiven Weg muss anstelle des eingebürgerten Schlechtredens und Skandalisierens eine realistische gemeinsame Bestandsaufnahme der Situation wie auch der Probleme in den Schulen und eine angesichts der gegebenen und möglichen Ressourcen realistische Formulierung gemeinsamer Erwartungen formuliert werden, denen alle Beteiligten in Politik und Praxis folgen können.“

Lassnigs Expertise enthält konstruktive Handlungsvorschläge: Das Herstellen von Transparenz der Ressourcenverwendung und die Objektivierung des Finanzbedarfs, die Förderung der Eigenverantwortung der Schulen beim Ressourceneinsatz und das praktische Ausloten der Grenzen von Schul- und Gemeindeautonomie, weiters die Analyse und Berücksichtigung von Positionierung, Politik und Wirkung der schulpolitisch relevanten Akteure auf Dienstgeber- und DienstnehmerInnenseite. Entscheidend dabei: das Initiieren eines Aufklärungs- und Beratungsprozesses, damit nach jahrzehntelangem parteipolitischen Grabenkämpfen die ideologischen Unterschiede besprochen werden und eine ergebnisoffene Diskussion über Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Kosten von Reformvorhaben beginnen kann.

Was ist der Grund für die pauschale Ablehnung von Lassnigs Überlegungen? Der Ärger der beiden Gewerkschaftsvorsitzenden hat mit dem Punkt 1 des Handlungsvorschlags zu tun und mit einer fatalen Schwäche der Analysen im Nationalen Bildungsbericht: Das Ausblenden der Parteipolitik und der landesparteilichen Interessen führt die Bildungsforscher des IHS zu gutgemeinten Trugschlüssen und zum Vorschlag 1: „Professionalisierung der Praxis und professionelle Organisation parallel zur Interessenvertretung“. Auch JournalistInnen haben anscheinend nicht weitergelesen. „Die Lehrgewerkschaft wehrt sich“, titelt der Standard, „das IHS schlägt vor, dass die Lehrgewerkschaft nicht mehr die Bildungsreform verhandelt. Gewerkschafter stufen das als Blödsinn ein.“ Mit Parteipolitik und ÖVP-Positionen von Spitzengewerkschaftern der GÖD hat deren Abwehrkampf anscheinend nichts zu tun.

Wer glaubt, die Interessensvertretung im Bildungsbereich auf Dienst- und Besoldungsrecht beschränken und über

„professionelle“ LehrerInnenstrukturen die ÖVP-Blockade brechen zu können, tut der Gewerkschaftsbewegung keinen guten Dienst. Die hätte und hat die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Das tun auch die FCG-LehrerInnengewerkschaften, allerdings in Abstimmung mit den Parteifreunden in Bundes- und Landesregierungen und auch mit mehr oder weniger Zustimmung der FSG-Spitze. Aber das bleibt nicht so. Es gibt immer mehr in Gewerkschaft und PV aktive LehrerInnen, die mit Parteipolitik nichts am Hut haben und auf Zusammenarbeit setzen. In BMHS und AHS sind sie heute zweitstärkste Fraktion, in Vorarlberg in vier Lehrersektionen die Mehrheit.

Bildungsreformen werden im Parlament beschlossen, derzeit von gewählten VolksvertreterInnen der SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen, Neos und des Team Stronach. Die Analyse ihrer bildungspolitischen Positionen und ihrer machtpolitischen Möglichkeiten oder die Untersuchung der Einflussnahme von Parteien auf ÖGB/Gewerkschaften, AK, Wirtschafts-, Landwirtschaftskammer und Industriellenvereinigung stehen noch aus. Das betont auch Lassnig. Bei der Bildungspolitik der ÖVP gibt es Differenzen und Widersprüche auf bundes- und landesparteilicher Ebene, zwischen ÖVP-Bünden, auch innerhalb des ÖVP-Bundes. Weit weniger ausgeprägt sind die Differenzen innerhalb der SPÖ, und auch in AK und den ÖGB-Gewerkschaften gibt es offensichtliches Einvernehmen in Bildungsfragen.

In der vom christlich-sozialen Paternalismus der Vorsitzenden geprägten GÖD wird zwar die Überparteilichkeit betont und die Unabhängigkeit von der ÖVP beteuert, die enge Verflechtung von Gewerkschafts- und Personalvertretungsfunktionären mit Parteifreunden

Bundestag der Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen in Wien

Renate Brunnbauer



Die unabhängigen GewerkschafterInnen waren mit 18 KollegInnen aus Wien, Salzburg, Oberösterreich, Tirol und

der Steiermark beim Bundestag, bei dem alle fünf Jahre grundsätzliche gewerkschaftliche Positionen diskutiert und festgemacht werden, vertreten. Gelegenheit zu diskutieren gibt es in erster Linie bei der Abstimmung der Anträge. Hier treten auch die Differenzen klar zu Tage. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen meldeten sich zu folgenden Anträgen aus den Bundesländern zu Wort: Beim Antrag „Forcierung der politischen Umsetzung einer gemeinsamen differenzierten Schule aller Schulpflichtigen“ stellte Franz Kaiser (UG) den Abänderungsantrag, das Wort „differenziert“ zu streichen, stieß damit jedoch auf Ablehnung. Ebenso erging es der UG mit dem Antrag, „alle Organe der Schulaufsicht sollten zukünftig auf max. 5 Jahre mit der Aufsichtsfunktion betraut werden. Nach dieser Zeit soll es eine Neuausschreibung dieser Funktion geben.“ Wilfried Mayr (UG) argumentierte für diesen Antrag schon allein deshalb, damit Führungspersonen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, ihre

Tätigkeit nach 5 Jahren beenden müssen. Doch auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Beim Antrag, dass die „gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden (sollen), dass Schulen auch von einem Leitungsteam geführt werden können“, kam Barbara Gessmann-Wetzinger von der TLI-UG mit ihrer Argumentation, dass KollegInnen, die nicht aufs Unterrichten verzichten wollen, und TeilzeitlehrerInnen von einer Bewerbung ausgeschlossen werden, nicht durch. Darüber hinaus wären zusammengelegte Kleinschulen leichter zu administrieren. Die „Streichung der Supplieverpflichtung für LeiterInnen“ hätte eine Belastung für andere zur Folge, deshalb stellte Andreas Gusel (UG) den Antrag, diesen Punkt im Antrag zu streichen. Supplierungen gehen oft zu Lasten von TeampartnerInnen, StützlehrerInnen,... Ein Entfall der Supplieverpflichtung reduziert Ressourcen, die LehrerInnen und Kindern derzeit zustehen. Doch auch dieser Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Besonders negativ sehen wir den Antrag, die „Verhaltensnoten und die Angabe von Fehlstunden in jedem Zeugnis“ zu vermerken. Wir halten das für kontraproduktiv. Renate Brunnbauer (UG) ersuchte deshalb die anderen Fraktionen eindringlich, das zu überdenken. Der Vermerk stempelt Kinder ab und benachteiligt sie.

Die Hoffnung, dass eine schlechte Verhaltensnote irgendetwas zur Disziplinierung im Vorfeld beiträgt, erfüllt sich nicht. „Wir müssen den Kindern Entwicklungsphasen zugestehen. Fehlstunden zu vermerken, hieße auch chronische Krankheiten niederzuschreiben, ein schwerwiegender Nachteil für Betroffene“ betonte Renate Brunnbauer in ihrer Statement. Thomas Winterberger (UG) unterstützte sie: „Jedes Jahr gibt es kranke Kinder – an meiner Schule heuer ein Krebskranker und eines mit Herzschrittmacher - diese Stunden im Zeugnis zu vermerken halte ich für schlecht.“ Doch auch dieses Anliegen fand keine Mehrheit. Die UG ist in der Gewerkschaft in der Minderheit. Unsere Abänderungsanträge und Argumentation zu oben angeführten Anträgen zeigt, wofür wir stehen. Wir werden Überzeugungsarbeit leisten, damit das, was uns und sehr vielen LehrerInnen am Herzen liegt endlich mehrheitsfähig wird. Noch ein interessantes Detail: Wer vertritt unseren frauendominierten Berufsstand in der Bundesleitung der Gewerkschaft? Die FCG hat 18 Bundesleitungsmitglieder, davon drei Frauen. Die FSG hat 6 Bundesleitungsmitglieder und keine Frau dabei. Die UG zieht zu viert in die Bundesleitung ein: Gessmann-Wetzinger Barbara, Brunnbauer Renate, Astner Claudia und Danny Noack – mit drei Frauen an der Spitze!

auf Dienstgeberseite, in Bundes- und Landesregierung, in Schulverwaltung und Schulaufsicht ist nicht nur in NÖ stark ausgeprägt. Der Oberösterreicher Paul Kimberger ist nicht nur APS-Gewerkschafter und Vorsitzender der AG der fünf GÖD-LehrerInnengewerkschaften, er wurde auch Berater in Schulfragen für ÖVP-Chef und Vizekanzler Mitterlehner. Eckehard Quin hat Mitterlehners Vorgänger beraten und war als Vorzugsstimmenwahlkämpfer für den niederösterreichischen

Landeshauptmann Pröll unterwegs. Die Feind- und Freundbildpflege der FCG ist nicht erst von gestern. EU-Austeritätspolitik und restriktive Budgetpolitik von SPÖ-ÖVP-Regierungen belasten LehrerInnen und Schule. Als Verantwortliche für diese Belastungen werden die „roten“ Bildungsministerinnen vorgeführt, während „schwarze“ Finanzminister als verständnisvolle Macher gezeigt werden, mit denen man Noch-Schlimmeres verhindert. Parteipolitische Vorurteile sind unsere Sache

nicht. Aufgeregte Stimmungsmache auch nicht. „Für eine neue Kultur in der Bildungspolitik und Bildungsreform, für Kooperation und Augenmaß“ (Lassnigg) sind wir schon unterwegs. Glück auf!

Quellen: Lorenz Lassnigg, Faktenbasierte Anregungen ... IHS-Expertise, 15. September 2016, http://irihs.ihs.ac.at/4051/2/IHS_Policy_Brief_14_Lassnigg_Expertise.pdf; <http://derstandard.at/2000044734005/Lehrergewerkschaft-wehrt-sich>, Nationaler Bildungsbericht 2015, Band 2, Kapitel 8: Bildungsfinanzierung als Governance-Problem in Österreich, https://www.bifie.at/public/downloads/NBB2015/NBB_2015_Band2_v1_final_WEB.pdf

Die Realität spottet jeder Verschwörungstheorie

Andreas Chvatal



August 2016:
Die Verfas-
sungsrichte-
rInnen der Al-
penrepublik ha-
ben durch ihre
Entscheidung,
die Stichwahl
zwischen Hofer

und van der Bellen wiederholen zu las-
sen, 4.394.671 WählerInnenstimmen
für ungültig erklärt, bei denen es nicht
den geringsten Verdacht, geschweige
denn einen Beweis gibt, dass sie mani-
puliert worden sind. Dasselbe gilt für
weitere ca. 77 500 Stimmen, die per
Briefwahl abgegeben wurden und von
den zuständigen Wahlkommissionen
unter Nichteinhaltung der geltenden
Bestimmungen ausgezählt wurden.
Sie stammen aus jenen 11 von 117
Bezirken, in denen die Wahlkommis-
sionen Fehler machten - inakzeptable
Fehler! Naheliegender wäre gewesen,
die Briefwahl - und nur diese - in den
betreffenden 11 Bezirken - und nur dort
- wiederholen zu lassen. 106 tadellose
Wahlkommissionen wären nicht be-
straft worden und wir hätten längst
ein Ergebnis. Die infrage kommenden
WählerInnen hätten im Verlauf des
Sommers ein zweites Mal briefwählen
können, was - entgegen anderslau-
tender Gerüchte - ohne weiteres mög-
lich ist. Nur hätte dann Hofer keine
Chance gehabt, zu gewinnen. Er hätte
van der Bellen von den 77 500 (Wie-
derholungs-)Stimmen zusätzliche 31
000 abnehmen müssen. Statt 43 000
zu 34 500 für van der Bellen, hätte es
65 500 zu 11 500 für Hofer heißen
müssen, um am Gesamtergebnis etwas
zu ändern.

Die RichterInnen begründeten ihre
Entscheidung damit, dass schon die
theoretische Möglichkeit einer Ma-

nipulation eine Wahlwiederholung
rechtfertigt. Soll sein, knapp 1,8 %
theoretisch manipulierte Stimmen
(besagte 77 500!). RichterInnen sind
in ihren Entscheidungen frei und das
ist gut so. Natürlich können sie es
nicht allen recht machen, aber warum
habe sie es gerade Herrn Hofer recht
gemacht? „Bei unserer Entscheidung
gibt es keine Sieger und keine Verlie-
rer“, sagte VfGH Präsident Holzinger
und hatte damit nicht einmal unrecht.
Einen Sieger gibt es nur, wenn Hofer
die Wahl gewinnt. Erst dann wird die
Entscheidung der RichterInnen wirk-
sam werden.

Schnitt, Zukunft: Im Frühjahr 2017
findet eine vorgezogene Nationalrats-
wahl statt. Das Ergebnis wird ange-
fochten, weil die erstplatzierte Partei
meint, sie habe nicht deutlich genug
gewonnen. Begründung: Sämtlichen
WahlbeisitzerInnen dieser Partei sei
verheimlicht worden, wo und wann die
Briefwahlstimmen ausgezählt werden.
Da dies in 11 von 117 Bezirken nicht
ausgeschlossen werden kann, wird die
gesamte Wahl wiederholt. Die Neu-
austragung bringt nicht die erhoffte
absolute Mehrheit und der siegreiche
Parteivorsitzende wird vom Bundesprä-
sidenten zähneknirschend mit der Bil-
dung einer Koalitionsregierung beauf-
tragt. Dies erweist sich als schwierig.

Schnitt, Krisensitzung.

Bundespräsident (BP): *Wie bitte? Keine
Gespräche! Warum nicht?*

Parteimanager (M): *Wir haben keinen
Gesprächspartner.*

BP: *Na, das geht doch nicht! Oder
etwa doch?*

Parteivorsitzender (PVo): *Leider, das
geht! Sie reden nicht - nicht mit uns.*

BP, grimmig: *Dann eben eine Minder-
heitsregierung! Kommt her, ich gelobe*

euch gleich an!

PVo: *Pffffff!*

M: *Immer schön langsam. Ich war
neulich am Buffet im Parlament. Dort
wurde mir zugetragen, dass eine ge-
wisse Gruppe in einer gewissen Partei
unter gewissen Umständen zur Regie-
rungsbildung bereit wäre...*

BP und PVo, wie aus einem Munde:
Wer?

M: *Die Gruppe will aus verständ-
lichen Gründen vorerst ungenannt
bleiben....*

PVo: *Fängt ja gut an!*

BP: *Weicheier!*

M: *... hat aber einen Sprecher ge-
schickt. Dieser befindet sich bereits im
Nebenraum.*

PVo: *Na, immerhin verlieren sie keine
Zeit.*

BP: *Herein mit ihm!*

Eine Tapetentür öffnet sich und der
Vertreter tritt ein. Er kommt ohne Um-
schweife zur Sache.

Vertreter: *Wir wollen das Finanz-, das
Innen-, das Wirtschafts- und minde-
stens ein weiteres großes Ministerium.*

BP, PVo und M tauschen Blicke.

M, massiert bedächtig sein Kinn: *Na,
ja..*

PVo, misstrauisch zum Vertreter: *Und
das ist sicher?*

Vertreter, indigniert: *Natürlich ist das
sicher. Es hängt ausschließlich von
Ihnen ab, ob...*

BP, breit grinsend: *Na, dann ist ja alles
klar! Spätestens übermorgen will ich
den ersten Bericht über die Verhand-
lungsfortschritte sehen und trödelte
mir nicht ewig herum. Das Land muss
regiert werden.*

Die Anwesenden erheben sich und
rufen in die sich auftuende Leere: *Für-
wahr!*

P.S: Der Verfasser hofft inständig, dass
er sich hiermit irrt.

Ashraf Fayadh

**Erdöl ist harmlos, bis auf die Spur der Armut, die es hinterlässt
an dem Tag, wenn sich die Gesichter der Personen, die eine weitere
Ölquelle entdecken, verfinstern,
wenn Hektik in dein Herz geblasen wird, um mehr Öl aus deiner Seele
herauszuquetschen
für den allgemeinen Gebrauch.
Dies ist ... des Erdöls Versprechen, ein sicheres Versprechen:
das Ende.**

*Aus dem Englischen übertragen
von Helmut A. Niederle*

Ashraf Fayadh, geb. 1980 in Saudi-Arabien, palästinensisch-saudi-arabischer Lyriker sowie Kurator mehrerer Ausstellungen. Er wurde in Saudi-Arabien wegen seiner angeblich islamkritischen Kunst zweimal verhaftet. Der zweiten Verhaftung in Abha folgte das Urteil zu vier Jahren Gefängnis und 800 Peitschenhieben. Nach der Revision durch Fayadh folgte ein Wiederaufnahmeverfahren, das am 17. November 2015 mit dem Urteil der Todesstrafe endete. Das Gericht warf dem Lyriker vor, sich der Abwendung vom muslimischen Glauben schuldig gemacht zu haben.

„Poesie als Verbrechen. Verfolgte Autor/inn/en – Inkriminierte Texte“
Die „World Wide Reading“-Kampagne“ fand dieses Jahr im Jänner statt und war Ashraf Fayadh gewidmet. An dieser weltweiten Solidaritätsaktion - in über vierzig Ländern wurden im Rahmen von 121 Veranstaltungen Texte und Gedichte verfolgter AutorInnen vorgetragen - beteiligte sich der österreichische PEN CLUB, die IG Autorinnen/Autoren und die Grazer Autorenversammlung. Heimische AutorInnen trugen Texte und Gedichte von bedrohten, verfolgten, verurteilten KollegInnen vor. Die Ankündigung des PEN CLUBS stand unter dem Motto: „Wer Wissen begrenzt, verhindert die Suche nach Wahrheit und erlaubt weder abweichendes noch eigenständiges Denken und Handeln“. Der Abdruck erfolgt mit Genehmigung des Pen Club, der in seiner Antwort auf die Kreidekreis- Anfrage schrieb: „Ihre Anfrage freut uns, gerade diese Texte brauchen mehr Aufmerksamkeit.“

Auf die Idee, Gedichte von bedrohten, verfolgten, verurteilten AutorInnen im Kreidekreis zu veröffentlichen, brachte uns ein Beitrag zu diesem Thema in der Standard Beilage ALBUM am 8. Jänner 2016.

Besoldungsdienstalter: Neues Vordienstzeiten-Rundschreiben

Gary Fuchsbauer

Die schlechte Nachricht: Auch im Rundschreiben (RS) BKA-921.000/0027-III/5/2016 werden die am 12.2.2015 bestehenden Zustände zementiert. Es gibt weiterhin **keine Möglichkeit** außerhalb des Klagsweges davor gemachte **Fehler in der Vordienstzeitenanrechnung** zu korrigieren. Denn es gelten die Überleitungsregeln (siehe zB <http://archiv.oeli-ug.at/DRS16.pdf>, Kapitel 6.8, Seite 66f). Noch was Negatives: Wenn ein/e **Landeslehrer/in in ein anderes Bundesland** wechselt, müssen die Vordienstzeiten vom neuen Dienstgeber nach der neuen Rechtslage ermittelt werden (und kann sozusagen der alte Vorrückungstichtag nicht mitgenommen werden). Ein unangenehmes Detail: Es sind zwar Zeiten, die vom vorigen Dienstgeber berücksichtigt wurden, anzurechnen, aber wenn zB zuletzt eine Karenzzeit lag, ist diese vom neuen Dienstgeber nicht zu berücksichtigen. D.h. man müsste nach der Karenz noch kurz im alten Bundesland unterrichten, um nicht künftig einen wesentlich späteren Vorrückungstermin zu haben. Eine Neuberechnung muss auch immer dann erfolgen, wenn ein Vertrag endet und ein neuer nach mehr als 9 Wochen (längste Dauer der Abwesenheit vom Dienst im Rahmen des regulären Dienstbetriebs, bei LehrerInnen die Hauptferien) beginnt.

Dieses RS legt nun fest, dass das Besoldungsdienstalter in Tagen auf 4 Kommastellen zu berechnen ist und ein Monat 30,4167 Tage, aber ein Jahr immer 365 Tage hat. Allerdings „Das Endergebnis wird in PM-SAP automatisch auf ganze Tage aufgerundet, d.h. **bei den einzelnen Bemessungsschritten hat eine zwischenzeitliche Rundung von Tagesbruchteilen auf ganze Tage zu unterbleiben.**“ Es wird im RS darauf hingewiesen, dass zB mit Excel durch Eingabe des morgigen Tages und darunter des ersten Tages des Besoldungsdienstalters und anschließender Subtraktion der beiden Zellen das Besoldungsdienstalter in Tagen berechnet wird. Es können (neben dem öff. Dienst in Europa) als Vordienstzeiten angerechnet werden: 6 Monate Grundwehrdienst mit 182,5 Tagen, 9 Monate Zivildienst mit 273,75 Tagen, 10 Jahre einschlägiger Berufstätigkeit mit 3650 Tagen, bzw. im neuen LehrerInnendienstrecht 12 Jahre einschlägiger Berufstätigkeit mit 4380 Tagen.

Dieses RS stellt nun klar, dass RS über die anrechenbaren Vordienstzeiten für LehrerInnen der verschiedenen Schultypen und Fächer auch bei Wahl des alten Dienstrechts anzuwenden sind, zB BGBLA_2015_II_283, siehe www.bildung-forum.net/viewtopic.php?f=11&t=474 (bloß können im alten Dienstrecht nur 10 statt 12 Jahre angerechnet werden).

Wichtig für NeulehrerInnen: Wenn das alte Dienstrecht gewählt wird und in den ersten Jahren ein befristeter II-L-Vertrag

besteht, stellt sich die Frage des Besoldungsdienstalters erst bei Umstellung auf I-L. Beim neuen Dienstrecht allerdings gleich zu Beginn. Der SSR/LSR muss die Bediensteten schriftlich auf die erforderliche Aufstellung der Vordienstzeiten hinweisen und diese ist innerhalb von 3 Monaten zu liefern:

„... eine Erklärungsfrist von 3 Monaten eingeführt, innerhalb derer d.Bedienstete sich über alle vorliegenden (also nicht nur über die einschlägigen) Vordienstzeiten zu erklären hat. Die Erklärung muss dabei nur die wesentlichen Eckdaten der Vortätigkeiten umfassen: Anfangsdatum, Enddatum, Bezeichnung des Dienstgebers bzw. der Institution, bei der Dienst geleistet wurde, sowie eine stichwortartige Beschreibung

für jede einzelne potentielle Vordienstzeit. Die Erklärung hat jedenfalls in schriftlicher Form zu erfolgen. Die Beibringung der eigentlichen Nachweise für die einzelnen Vordienstzeiten (Bestätigungen, Dienstzeugnisse – allenfalls in beglaubigter Übersetzung) durch die Bediensteten hat innerhalb eines Jahres zu erfolgen.“ (S.15)



S.27-41 bringt zahlreiche Einschränkungen und Hinweise auf die Anrechenbarkeit von berufsnützlichen Vordienstzeiten. Ein positiver Aspekt sei erwähnt: Praxis vor Studienabschluss ist anrechenbar, wenn sie nachweisbar von der Art her bereits dem (akademischen) Niveau der aktuellen Tätigkeit (in unserem Fall also als Lehrer/in) entspricht. Allerdings wird generell nur Praxis gewertet, aus der ein Einkommen erzielt wird. Teilbeschäftigung führt dabei nur zur (zeitlichen) Teilanrechnung, wobei nun Grenzen gesetzt werden: Unter 20%ige Teilbeschäftigung kann nicht, über 80%-ige kann voll angerechnet werden; dazwischen prozentuell. S.49f stehen Einschränkungen für die Anerkennung von ao. und ausländischen Studien. S.53ff wird noch der Fall von Studienabschlüssen während des laufenden Vertrages behandelt. Dabei wird klargestellt, dass als Abschluss-Datum der letzte Prüfungstermin gilt. Bsp.: Für das pd-Schema des neuen LehrerInnendienstrechts ist ein Masterabschluss erforderlich. Wenn jemand nur einen 180-ECTS-Bachelor bei Vertragsbeginn hat, dauert die erste Gehaltsstufe 5,5 statt 3,5 Jahre. Wenn nun schon nach 8 Monaten die letzte „Masterprüfung“ abgelegt wird, erhöht sich das Besoldungsdienstalter um 16 Monate bzw. ist die Verweildauer in Stufe 1 nur um 8 Monate verlängert.

Fragen an fuchsbauer@oeli-ug.at

Zahlreiche KollegInnen nutzen oeliug.at/kontakt um Anfragen zu stellen. Gabriele Atteneder berichtet aus den Antworten der ExpertInnen.

FRAGE: „Kann ich in einigen Jahren mit der **Induktionsphase** in den Schuldienst einsteigen oder muss ich innerhalb der nächsten zwei Jahre ein **Unterrichtspraktikum** absolvieren? Ich habe 2005 ein Lehramtsstudium OHNE Unterrichtspraktikum abgeschlossen, war aber bisher nur außerschulisch tätig. Kann man mir die Induktionsphase verwehren?“

ANTWORT: *Nein, die Induktionsphase kann Ihnen nicht verwehrt werden, wenn Sie erst nach 2018/19 in den Schuldienst eintreten.*

Bis 2018/19 können Sie zwischen altem und neuem DR wählen. Das Unterrichtspraktikumsgesetz tritt mit Ablauf des 31.8.2019 außer Kraft, d.h. das UP könnten Sie letztmals im Schuljahr 18/19 machen.

Der spätere Einstieg ist verpflichtend mit dem neuen Dienstrecht verbunden und bedeutet für Sie mit Sprach-Fächern: eine um fast 3 Stunden höhere Lehrverpflichtung, zusätzlich noch die unbezahlte Übernahme von weiteren 2 Aufgaben (z.B. Klassenvorstand, Lehrmittelverwaltung, Lernbegleitung, NeulehrerInneneinführung, Schulqualitätsmanagement, spezielle Eltern-/SchülerInnenberatung). Dazu noch ein Hinweis: Wenn vor 1.9.2019 kein Vertrag als Bundes- oder Landeslehrer/in in Österreich besteht (reines UP ist ein Ausbildungsverhältnis und stellt keinen solchen Vertrag dar), dann muss bei Einstieg nach 31.8.2019 im neuen LehrerInnendienstrecht unterrichtet werden.

FRAGE: „Welche Konsequenzen haben **Schwangerschaft/Mutterschutz/Karenz** für befristete Verträge?“

ANTWORT: *Keine! Ein befristeter Vertrag läuft auch aus, wenn zum Zeitpunkt des Vertragsendes Mutterschutz oder Kinderkarenzurlaub be-*

steht. In der Realität führt das im Falle des Wunsches nach dem Modell des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes zu einem Problem.

Die GÖD ist zwar hier um Änderung bemüht, aber ob und wann sich etwas ändert, ist zur Zeit nicht absehbar. Wir werden eine Änderung kommunizieren. Zurzeit muss, wenn das Ende des Mutterschutzes nach dem Vertragsende (also wohl 31.8.) liegt, eine andere Variante von Kinderbetreuungsgeld gewählt werden.

FRAGE: „Ich bin 52 Jahre alt, pragmatisiert, möchte meine **Stunden** auf ca. 70% **reduzieren**, weil ich meine Eltern pflegen muss;

1) ist das jetzt zu Schulbeginn noch möglich?

2) wie wirkt sich die **Reduktion** auf die **Pension** aus?“

ANTWORT: *Die Reduktion ist möglich, wenn die Schule kooperiert, dann wird es auch der LSR genehmigen. Auf die Pension wirkt es sich nicht aus, wenn Sie es mit der freiwilligen Vollzahlung des Pensionsbeitrages kombinieren. Es wird dann für den Teil des Bezuges, der wegen der Reduzierung nicht ausbezahlt wird, auch der normale Pensionsbeitrag berechnet. Z.B.: Bruttoverdienst statt 4000 € nur 2800 €, dann zahlen Sie ca. 130-140 € Pensionsbeitrag, was aber durch die dadurch gleichzeitig reduzierte Lohnsteuer nur ca. 80 € weniger Nettoverdienst bedeutet. Dafür wird für die Pensionsberechnung dieses Jahr mit dem vollen Bezug in die Durchrechnung einbezogen.*



Vorschlag für den Antrag im Dienstweg über die Direktion an den LSR: „Ich beantrage für das Schuljahr 2016/17 die Herabsetzung der Lehrverpflichtung auf ca. 70% wegen Pflege meiner Eltern. Gleichzeitig stelle ich den Antrag, dass der Pensionsbeitrag gem. § 116d Abs. 3 Gehaltsgesetz 1956 auch

von den durch die Herabsetzung entfallenen Bezügen und Sonderzahlungen einbehalten wird.“

FRAGE:

„Gibt es auch eine **freiwillige Höherversicherung für VertragslehrerInnen** als Alternative zur Altersteilzeit für Pragmatisierte, um keine Pensionsverluste bei Teilzeit zu erleiden?“

ANTWORT. *Das ist zwar nicht so einfach wie bei Pragmatisierten, führt aber ebenso dazu, dass Teilzeit sich nicht entsprechend negativ auf die Pension auswirkt. Diese Höherversicherung geht auch ohne Teilzeit.*

Zum Vergleich: Wenn eine Beamtin in Teilzeit statt 4600 nur 2300 € brutto hat und ca. 11% Pensionsbeitrag freiwillig aufzahlt, sind das 253 € pro Monat und (mal 14) 3542 €/Jahr.

Diesen Betrag (oder einen anderen selbstgewählten) könnte ein/e Vertragslehrer/in über die freiwillige Höherversicherung ebenfalls einzahlen - maximal 9720 € pro Jahr (2016, doppelte Höchstbemessungsgrundlage). Hier gibt es das Formular für die Beantragung der freiwilligen Höherversicherung für die Pension: <https://www.sozialversicherung.at/pvaforms/f10/Antrag>

Redaktionsschluss für den nächsten Kreidekreis

3. November 2016.

Beiträge an a@oeli-ug.at

Reaktionen & Meinungen

Vorprogrammierte Wiederholung der Wahlwiederholung

Weil der VfGH die Stichwahl aufgehoben hat, obwohl kein Verdacht eines tatsächlichen Wahlbetrugs bestand, aber die *Möglichkeit* zu einem solchen bestanden hätte, darf ich darauf hinweisen, dass nach den Regeln der Logik die kommende Wahlwiederholung ebenfalls wiederholt werden muss, da mindestens eine Regelung bei der kommenden Wahl das Wahlgeheimnis verletzen *könnte*, wenn man sich an die Regelung hält, nämlich, dass man sein Wahlkuvert nicht mehr selbst in die Urne einwerfen darf.

Gerade am Land wusste man anno dazumal von jeder Person, was sie wählte, gab es damals ja nur dreieinhalb Möglichkeiten, selbst wem die drei, manchmal vier Stimmen für die KPÖ zuzuordnen waren, wusste auch jeder. Nur dem Dentisten war es gelungen, dies mit keiner einzigen Andeutung oder Aussage zu verraten, was zu wachsender Neugierde führte.

Da sich die Vertreter aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen darin einig waren es wissen zu wollen, geschah etwas, was zu diesem Wissen führte. Als der Dentist das Wahllokal betrat, packte der Kuvertwerfer sein Jausenspeckbrot aus und nahm es fest in die Hand. Die Kuverts aller Anderen

warf er mit der sauberen Hand ein, das des Dentisten mit der speckigen. Beim Stimmenauszählen rief dann plötzlich einer, „Ich hab ihn!“. Das bedeutet, dass alleine schon der Körperkontakt einer anderen Person nach dem Ankreuzen das Wahlgeheimnis potentiell verletzt. Bleibt der VfGH konsequent (was er müsste!), müssen auch alle Wahlwiederholungen wiederholt werden, so lange, bis die betreffende Bestimmung geändert wird. Alsdann: Glück auf!

Wilfried Mayr, Hagenberg i.M.

Diese Republik muss endlich neu ausgerichtet werden, (meint ÖSTERREICH!)

Viele behaupten es, niemand weiß warum: Die rot-schwarze Koalition sei untragbar. Zum Glück gibt es die Zeitschrift ÖSTERREICH, die uns nicht nur erklärt, dass eine stramme Regierung das Beste für das Land sei, sondern auch schon weiß, wie und wann diese zustande kommt (Ausgabe vom 26.8.2016, S 5+6). Nämlich.

Wenn Hofer Bundespräsident wird, gibt es im März 2017 Neuwahlen. Danach wird Kurz Kanzler und Strache Vizekanzler und Innenminister. Wenn es nach ÖSTERREICH geht, müsste Kurz, um Bundeskanzler zu werden, also eine Neuwahl vom Zaun brechen,

da Hofer als Präsident diese nicht veranlassen kann und die SPÖ ihm diesen Gefallen sicher nicht tun wird. Und dann müsste er die Wahl auch noch gewinnen, was angesichts der aktuellen Prognosen – FP mindestens 30, VP höchstens 23,5% - wohl nicht ganz einfach wäre.

Dass ein Wahlsieger Strache der ÖVP den Bundeskanzler überlassen wird, glaubt man nicht einmal in der Redaktion von ÖSTERREICH. Gefährlich ist ein solches Geschreibsel trotzdem. Die aktuelle Koalition wurde auf diese Weise untergangsreif geschrieben (nicht nur von ÖSTERREICH) und jetzt wird versucht, die Rechte an die Macht zu phantasieren. Hoffentlich lässt sich die SPÖ nicht von den Schwarzen hereinlegen, die lieber heute als morgen mit der FPÖ zusammen gehen wollen. Neuwahlen wird es nur geben, wenn die ÖVP sie verschuldet (und, wie schon 2008 verliert?). Prognosen sind zum Krenreiben, vor allem in Zeiten, wenn ein unbeeinflussbares Ereignis wie die Flüchtlingskrise die Möglichkeit zu populistischer Agitation bietet und manche PolitikerInnen sich darin überbieten, auf diesem Wege Stimmenmaximierung zu begehen.

Schon allein deshalb, ist es wünschenswert, dass erst regulär im Herbst 2018 gewählt wird.

Andreas Chvatal, Wien

**Wer sein Leben in die Hand nimmt, hat mehr davon.
Werden Sie aktiv, um gemeinsam mit Gleichgesinnten
die Schulwelt zu verbessern.**



unabhängige bildungsgewerkschaft

www.bildungsgewerkschaft.at

**Rechtsschutz
Beratung
Service
18 € Mitgliedsbeitrag**

Edgar Leissing



www.esche.at



Es gibt ein Recht auf Elternteilzeit und Stundenplanwünsche

Liebe PersonalvertretungskollegInnen!

Einerseits steht im BDG im § 50c, dass bei der Dienstplanerstellung auf den Grund der genehmigten Teilzeit Rücksicht zu nehmen ist. Und inhaltlich gilt das auch für VertragslehrerInnen. Andererseits zeigt die gängige Rechtsprechung völlig klar: Wenn KollegInnen einen Antrag auf Elternteilzeit stellen und darin die für sie möglichen Unterrichtsstunden benennen, hat sich die Schulleitung daran zu halten. Wenn sie das nicht tun will/kann, muss die Schulleitung aktiv werden. Das bedeutet: Wenn 4 Wochen nach der schriftlichen Bekanntgabe der Elternteilzeit der Dienstgeber(vertreter) nicht reagiert hat, dann ist die Teilzeit incl. der Stundenplanwünsche umzusetzen und die Personalvertretung hat natürlich auf Seiten der Elternteilzeitkoll. zu stehen, falls die Schulleitung später draufkommt, dass sie die Stundenplanwünsche nicht erfüllen will/kann. Im normalen Verfahren innerhalb des

PVG haben Schulleitung und Teilzeitkoll. 2 Wochen Zeit, um sich auf die konkrete Umsetzung der Teilzeit zu einigen. Gelingt dies nicht, so ist sofort der Fachausschuss (Landes-PV, bei APS+BS: ZA) einzuschalten, weil für die Genehmigung der Teilzeit der LSR zuständig ist. Wenn es dann in Summe nach 4 Wochen zu keiner Einigung kommt, kann der Dienstgeber bei VertragslehrerInnen das Gericht einschalten und versuchen so seine Argumente des betrieblichen Interesses durchzusetzen. Macht er das nicht, hat er sich an die Elternteilzeitwünsche zu halten.

Bitte, liebe PV-KollegInnen, unterstützt die Eltern in diesen Situationen. Schließlich brauchen wir auch künftig Kinder, um die Arbeitsplätze der LehrerInnen zu sichern.

Gary Fuchsbauer

Titelfoto

Die Künstlerin Ines Agostinelli hat für das vorarlberg museum eine Soziale Skulptur konzipiert. Neben Diskussion und Gespräch wird gearbeitet: gemeinsam werden hunderte Modelle von Heißluftballons gefertigt, die im Dezember für drei Monate im Atrium des vorarlberg museums schweben werden. Es haben sich bereits über sechshundert Menschen an der Sozialen Skulptur beteiligt: Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Einheimische, Zugezogene und Geflüchtete.
SOZIALE SKULPTUR IM VORARLBERG MUSEUM
Eröffnung: Sonntag, 11. Dez. 2016 um 11 Uhr | bis 26. März 2017

PV- | Gewerkschaftsschulungen

Wir laden alle herzlich ein, die sich das notwendige Basiswissen (PVG, oder auch Dienst-/Besoldungs-/Pensionsrecht) aneignen wollen. Die Teilnahme ist mit keiner Mitgliedschaft und keinen Kosten verbunden. Die ÖLI kommt für das Seminar, aber nicht für die Reisekosten auf.
Thema:

Transparenz, Mitbestimmung u. Solidarität als Basis guten Schulklimas
Bitte anmelden mit Angabe von Name, e-Mail, Schule, Seminarort/-datum, Inhaltswunsch an a@oeli-ug.at od. 0680 2124358

Fr, 10.11., 17-21 h in Dornbirn, Vlbg.
Fr, 11.11., 17-21 h in Dornbirn, Vlbg.
Fr, 18.11., 17-21 h in St.Pölten, NÖ
Fr, 25.11., 17-21 h in Wels, OÖ
Angemeldete bekommen dann weitere Infos.
Sollen wir weitere Termine an anderen Orten organisieren?
Bitte melden.

Impressum

ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358

Redaktionsteam

Gerhard Pušnik (verantwortlich), Wilfried Mayr, Andreas Chvatal, Renate Brunnbauer und die AutorInnen.

Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

Wir finanzieren uns durch Spenden und Beiträge der Leserinnen und Leser.

Bankverbindung

IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 lautend auf Mayr/Fuchsbauer

ÖLI | BIC: OPSKATWW

Auflage 16.000

www.gutenberg.at | Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt⁰ CP IKS-Nr.: 53401-1609-1019



KREIDEKREIS 5 | 2016

Pb.b.
02Z030917 M

Abs.:
Österreichische LehrerInnen Initiative
ÖLI-UG

4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | OÖ



An:

ÖLI ZVR-Zagl | 125480687
DVR | 0581518

PEFC | 06-39-27